



## 2. Sitzung des Expertenforums am 7. Juli 2018, 10.00 bis 14.00 Uhr

**Vorsitz:** Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf

**Stv. Vorsitzender:** Staatssekretär Volker Ratzmann

**Moderation:** Kathrin Bimesdörfer, IFOK

**Teilnehmende:** Prof. Dr. Gabriele Abels, Mirko Drotschmann, Christian O. Erbe, Josha Frey MdL, Andre Fricke, Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Gudrun Heute-Bluhm, Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July, Eckart von Klaeden, Sebastian Körber, Joachim Kößler MdL, Rolf-Dieter Krause, Prof. Dr. Martin Nettesheim, Markus Schildknecht, Joachim Walter, Rainer Wieland MdEP

Aus dem Ministerium der Justiz und für Europa und dem Staatsministerium:

Dr. Alexandra Zoller, Dr. Pamela Sichel, Dr. Angela Kaiser, Kathrin Sorg, Winfried Schröder, Christian Matheis, Daniela Lörch

Am 7. Juli 2018 kam das Expertenforum des Europadialogs Baden-Württemberg zu seiner zweiten Sitzung im Rathaus der Stadt Reutlingen zusammen. Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf und Alexander Kreher, Bürgermeister der Stadt Reutlingen, begrüßten die Teilnehmenden und eröffneten die Sitzung.

Diskutiert wurden im ersten Teil der Sitzung übergeordnete Fragen und Eckpunkte des Leitbildes, das bis Ende des Jahres entstehen soll. Im zweiten Teil standen die Einordnung, Kommentierung und Ergänzung der bisherigen Arbeitsergebnisse der Fachforen und Bürgerdialoge im Fokus.

Im Folgenden werden die wesentlichen Diskussionspunkte aus dem Expertenkreis in ihren unterschiedlichen, teilweise auch gegensätzlichen Positionen wiedergegeben.<sup>1</sup>

### **1. Übergeordnete Fragen und Eckpunkte des Leitbildes**

#### **Ziele und Anforderungen an das Leitbild**

Das Leitbild:

- soll Europa und dessen Zukunftsfähigkeit stärken. Die Jugend ist bereit, die allgemeine Zustimmung zu Europa ist hoch;
- soll auch für Kritiker verständlich sein;
- darf sich nicht zu weit von der Wirklichkeit entfernen, soll ein Fixstern zur Orientierung sein;

---

<sup>1</sup> Die Diskussionspunkte geben weder die Meinung der Gesamtheit der Expertinnen und Experten noch des Ministeriums der Justiz und für Europa sowie des Staatsministeriums Baden-Württemberg wieder.

- darf bei wachsender Europakritik keine Diskussion im Elfenbeinturm sein, trotz der Tatsache, dass die Zustimmungswerte zur EU in D gerade sehr hoch sind;
- sollte wesentlich grundsätzlicher und zukunftsgerichteter über Europa nachdenken als bisher aus den Protokollen der Fachforen und Bürgerdialoge ersichtlich;
- soll nur das aufnehmen, was wir selbst machen können (pragmatische Handlungsorientierung), ansonsten entsteht Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern;
- muss auf allen Ebenen den Nutzen deutlich machen, den wir in Baden-Württemberg von der EU haben;
- muss die grundsätzlichen Fragen stärker in den Mittelpunkt stellen und Antworten darauf geben, anstatt nur technische Mechanismen und Details darzustellen;
- muss zeigen, dass der Blick nicht nur auf Baden-Württemberg gerichtet ist, sondern der Gesamtblick von Baden-Württemberg in und als Teil von der EU im Fokus steht;
- soll weiterentwickelt werden, um es für Jugendliche zugänglich zu machen.
- muss einen Impuls für eine Verbesserung des jeweiligen nationalen Aktionsrahmens setzen.

### **Leitbildprozess**

- Der Ansatz, Bürgerinnen und Bürger sowie Fachleute in den Dialogprozess einzubinden, ist richtig für einen umfassenden Blick.
- Die Bürgerdialoge verdeutlichen Ideen, die in der Bevölkerung aufkommen. Wichtig ist, aus diesen Ideen gangbare Lösungen zu formulieren.
- Alle Konsequenzen und Implikationen von Ideen können von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern nicht in ihrer Gänze überblickt werden. Aber Bürgerinnen und Bürger werden nur gewonnen, wenn die Implikationen klar formuliert werden. Die EU darf die Bürgerinnen und Bürger nicht täuschen und falsche Erwartungen wecken (z.B. Folgen der Euro-Einführung in südlichen Ländern).
- Skeptiker und EU-Kritiker scheinen nicht in den Bürgerdialogen dabei gewesen zu sein. Diese sollten für einen ehrlichen Dialog jedoch stärker berücksichtigt werden.

### **Inhalte des Leitbilds / Vision und Grundwerte**

- Dem Leitbild sollen Vision und Grundsätze vorangestellt werden.
- Das Selbst- und Werteverständnis der EU muss klar sein, bevor über Detailfragen diskutiert werden kann (z.B. Wer verantwortet, wer in der EU wo leben kann?).
- Im Vorspann eines Leitbilds soll die EU nicht nur als Schicksalsgemeinschaft dargestellt werden. Es soll vielmehr gefragt werden: Was bin ich bereit zu finanzieren? Wofür bin ich bereit, Gelder umzuverteilen? Diese Fragen müssen gestellt werden, bevor man zu pragmatischen Ansätzen kommt.
- Soziales und Chancengerechtigkeit dürfen als Themen bei der Diskussion um Werte eines Europa-Leitbildes des Landes nicht fehlen.
- Das Selbstverständnis des freien Reisens soll erhalten bleiben. Vorteile der EU sollen deutlich werden.

- Die Zusammenarbeit innerhalb der EU ist erlebbar, v.a. in den Grenzregionen von Baden-Württemberg.
- Die EU soll Frieden nach innen und außen ausstrahlen. Solidarität nach innen und außen heißt auch: Pflicht für gemeinsame Außengrenzen, Bekämpfung von Fluchtursachen.
- Zwei Dinge sind für die Zukunft der EU entscheidend: wirtschaftliche Stärke und militärische Stärke.
- Die EU ist immer dann weitergekommen, wenn es schwierig war, daher gibt es keinen Anlass zum Pessimismus. Die zentrale Frage bleibt die Finanzierung von Maßnahmen und Programmen. Die EU sollte dabei mutiger sein, denn mehr bekommen und weniger einzahlen funktioniert nicht. So kann eine gemeinsame Souveränität (sowohl Handlungs- als auch Gestaltungssouveränität) gewonnen werden.
- Es sollte nicht nur die Frage gestellt werden, was man sich wünscht, sondern auch ob es auf europäischer Ebene liegen muss.
- Wir müssen über Subsidiarität reden - aber auch darüber, wo wir etwas ändern müssen. Was soll z.B. konkret zurück an Kommunen gehen?
- Es braucht das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die EU, v.a. auf kommunaler Ebene. Hierzu muss mehr Aufklärung geschaffen werden und das Thema auf die unterste Ebene vermittelt werden (z.B. DSGVO für Ehrenamt / Vereine).
- Der Mehrwert der EU wird in den Themen der Bürgerdialoge deutlich. Diesen Mut sollten wir aufnehmen und Partikularinteressen zurückführen, z.B. indem die Wirksamkeit von Direktzahlungen in der Agrarpolitik für den Finanzrahmen der EU hinterfragt wird.

### **Konstitutionelle Architektur / Handlungsfähigkeit Europas**

- Die Ergebnisse aus den Bürgerdialogen spiegeln die „alte“ Diskussion um die EU wider: Etwas mehr hier, dort etwas anbauen. Es wird die Frage aufgeworfen, ob die Diskussion über die Architektur der EU auf allen Ebenen nicht neu geführt werden muss. Gleichzeitig muss ggf. die deutsche Europapolitik auf allen Ebenen geändert werden. Hier kann Leadership aus BW gezeigt werden. Gold Plating ist immer noch ein zu gern gebrauchtes Werkzeug.
- Die konstitutionelle Architektur ist auch über das Staatsrecht hinaus wichtig. Neben wirtschaftlicher und militärischer Stärke braucht es auch mehr gesellschaftliche Stärke, um starke Institutionen zu erreichen.
- Die EU ist aktuell nicht mehr in der Lage, Entscheidungen zu treffen. Die Zukunft Europas liegt darin, eine Antwort darauf zu finden, worauf wir unsere Ressourcen konzentrieren. Entscheidungen werden auf internationaler Ebene verhindert. Der Weg muss weg vom Einstimmigkeitsprinzip gehen. Haben wir in einer Welt mit aggressiven Führern noch die Zeit, auf andere zu warten? Mit den Ländern, die an der europäischen Souveränität arbeiten wollen, sollte die Zusammenarbeit intensiviert werden. Wer nur auf nationale Souveränität beharrt, sollte nicht Mitglied der EU sein. Dies muss auch im Hinblick auf das Wirtschafts- und Finanzsystem der EU thematisiert werden.
- Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (sogenannte differenzierte Integration) ist der einzige Weg für die Zukunft der EU.

- Diese differenzierte Integration ist ein wichtiges Raster für die Diskussion. Aber konstitutionelle Fragen sind nicht das, was die Menschen erreicht. Eine EU von unten mit Bürgerbeteiligung und der Bewahrung von Regionalität (Vielfalt zulassen) müsste in diesem Zusammenhang diskutiert werden.
- Es ist der Eindruck entstanden, dass die EU große Dinge lösen kann. Dabei gibt es zu viel Beinfreiheit im Vollzug: Unterschiede der Verwaltungskultur in europäischen Ländern (z.B. bei Auslegung von Arten- und Naturschutz). Hier wäre eine pragmatische Auslegung notwendig.

### **Inhaltliche Schwerpunkte / noch fehlende Themen**

- Es fehlen noch die Themen Außenpolitik und Soft Power der EU. Kommunikation muss auf Glaubwürdigkeit stoßen, z.B. auch bei Sportgroßveranstaltungen (wie z.B. Fußball-WM).
- Die Perspektive auf die europäische Nachbarschaft muss noch gestärkt werden (insbesondere Russland, östliche Nachbarschaft, Nordafrika). Die EU verhält sich, als ob das Ende der Geschichte eingeleitet wäre. Zum Überleben braucht es wirtschaftliche und militärische Stärke. Es muss daher die Frage geklärt werden, wie die Nachbarschaft in Europa die EU zu beeinflussen versucht.
- Europa muss bei den Engagierten ankommen, um Identität stiften zu können. Die großen Fragen für junge Leute und Ehrenamtliche sind: Migration, Digitalisierung, Wertefrage, Klimagerechtigkeit. Was bedeutet das für unseren Kontinent? Globalisierungsfragen müssen in Verbindung mit Wertefragen gestellt werden, um zu einem Europäischen Leitbild zu kommen.
- Das Thema Demokratie ist bislang zu kurz gekommen. Es muss im Leitbild mitgedacht werden. Wie können die Menschen mitgenommen werden (z.B. DSGVO)? Wie kann die EU mehr Demokratie und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zulassen?
- Soziale Themen fehlen noch. Arbeit und Soziales sind wichtige Themen, die stärker aufgegriffen werden müssen. Konkrete Vorteile werden an diesen Themen sichtbar und erfahrbar. Sozialer Fortschritt muss gesichert werden.
- Das Thema Innovation ist zu eng gefasst. Der Begriff muss geweitet und auch soziale Innovation umfassen. Es geht nicht nur um Forschungsförderung, sondern auch um sozialwissenschaftliche Fragen und die Stärkung von Gesellschaften.
- Muss den Grundimpuls der Bürgerdialoge aufnehmen: Wenn die EU die großen Fragen nicht lösen kann, soll sie sich auch nicht in die kleinen einmischen.

## 2. Diskussion der Ergebnisse aus Fachforen und Bürgerdialogen

Die (Zwischen-)Ergebnisse aus den Fachforen und den Bürgerdialogen wurden anhand einer Sitzungsvorlage entlang der fünf Themenfelder (Sicherheit, Kommunen, Umwelt, Jugend, Innovation) diskutiert. Die Einordnung und Bewertung erfolgte entlang von drei Leitfragen:

- Wo gibt es Übereinstimmung mit den Handlungsfeldern und Thesen aus den Fachforen und den Bürgerdialogen?
- Womit soll sich das Fachforum noch intensiver beschäftigen? Welche Fragen müssen noch geklärt werden?
- Was fehlt noch ganz? Wo gibt es z.B. Innovationspotenzial, das weitergedacht werden sollte?

Die Anmerkungen und Ergänzungen des Expertenforums finden sich in der folgenden Tabelle zum jeweiligen Themenaspekt wieder.

Themenübergreifend sprachen die Expertinnen und Experten die Empfehlung aus, dass sowohl die Fachforen als auch die Bürgerdialoge noch stärker Fragen der Implikationen und Konsequenzen diskutieren sollten. Vorschläge und Ideen sollten dahingehend geprüft werden:

- Was sind die finanziellen Folgekosten?
- Welche Konsequenzen und Implikationen sind damit mit Blick auf die Grundwerte der EU verbunden (z.B. Freiheit und Gleichheit)?
- Was sind die konkreten Möglichkeiten des Landes?

## I. Sicherheit

### Migration/ Grenzschutz/ Flüchtlingspolitik

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
1.	<p>Gerechte Verteilung der Flüchtlingslasten innerhalb der EU.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Fortentwicklung des europäischen Asylsystems.</li> <li>einheitliche Umsetzung des GEAS in allen Mitgliedstaaten.</li> </ul>	<p>Bessere Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Einheitliche und verbindliche Regeln für Mitgliedstaaten zur Aufnahme von Flüchtlingen.</li> <li>Unterstützung für schwächere Mitgliedstaaten.</li> <li>Unterstützung von Integrationsmaßnahmen (bspw. durch Förderung von Vereinen).</li> </ul>	
2.	<p>Schutz der Außengrenzen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>verbesserter Datenaustausch.</li> <li>effiziente Identitätserfassung von Flüchtlingen.</li> <li>wesentliche personelle und materielle Ausstattung des Grenzschutzes notwendig.</li> </ul>	<p>Grenzschutz.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsamen Grenzschutz forcieren.</li> <li>Frontex mit Geld und eigenem Personal ausstatten.</li> <li>Datenaustausch zwischen Polizeibehörden ermöglichen.</li> </ul>	
3.	<p>Abbau der Schlepperkriminalität.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Schaffung von Hotspots.</li> <li>Schaffung zentralisierter Fluchtkorridore.</li> </ul>		
4.	<p>Entwicklungshilfe Nicht-EU-Staaten zur Bekämpfung von Fluchtursachen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der Rechtsstaatlichkeit (insbes. West-Balkan).</li> </ul>	<p>Entwicklungshilfe / Bekämpfung Fluchtursachen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Mehr Unterstützung in Flüchtlingslagern vor Ort.</li> <li>Wiederaufbau fördern, Perspektiven vor Ort schaffen.</li> <li>Faire Handelsabkommen mit EU für auskömmliches Leben.</li> <li>Anerkennung und Toleranz europäischer Grundwerte.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Frage der Entwicklungshilfe vor nationalen Fragen voranstellen. Das Thema betrifft viele Bürgerinnen und Bürger, die ehrenamtlich tätig sind (z.B. Fair Trade). Unterschätztes Thema, auch mit Blick auf „global Citizens“.</li> <li>Nicht nur „Versicherheitlichung“ von Entwicklungs- und Migrationspolitik. Keine Fixierung auf Sicherheit und Bezug auf Angstdiskurse. Benennung problematisch, Kontext größer denken.</li> </ul>

			<ul style="list-style-type: none"> <li>Zusammenarbeit von Baden-Württemberg mit Burundi als Vorbild für fairen Handel.</li> </ul>
5.		Chancen der Migration nutzen → vgl. Thema Innovation.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abwehraspekt von Europa kommt stark heraus, aber Anregung für Bürgerdialog: Welche Bereitschaft für Integrationsleistungen haben eigentlich die Bürgerinnen und Bürger? Was sind sie bereit, zu tun?</li> </ul>

### Innere Sicherheit/ Cyberkriminalität

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
6.	Effektive Kriminalitätsbekämpfung. <ul style="list-style-type: none"> <li>technische, organisatorische und persönliche Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit aller beteiligten Stellen.</li> </ul>		
7.	Einheitliche, allen zugängliche Informationsgrundlage (Data-Warehouse).	Mittel für Informations- und Datenaustausch schaffen.	
8.	Ausweitung der Kompetenzen von EUROPOL und EUROJUST hin zu operativ tätigen Organisationen (in bestimmten Feldern, z.B. Terrorbekämpfung oder grenzüberschreitende Schwerstkriminalität).	Mehr Befugnisse für europäische Sicherheitsorgane. <ul style="list-style-type: none"> <li>EUROPOL stärken.</li> <li>Ziel einer einheitlichen Europäischen Polizeibehörde, z.B. finanziert durch europäischen Sicherheitsfonds.</li> </ul>	
9.	Weitere Harmonisierung und Erleichterung von grenzüberschreitenden Maßnahmen. <ul style="list-style-type: none"> <li>bei polizeilichen Ermittlungen.</li> <li>bei der Strafverfolgung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Datenaustausch zwischen nationalen Polizeien ermöglichen.</li> <li>EU-weit einheitliche Strafen (bspw. Verkehrsrecht).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Unterschiede in der Praxis: Polizeiliche Kooperation mit Schweiz läuft besser als mit Frankreich.</li> <li>Wieweit geht Akzeptanz, Lösungen anderer zu testen (z.B. im Verkehrsrecht)?</li> </ul>
10.	Ausbau der Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten für Straf- und Ermittlungsbehörden in der EU.	Verstärkte Kooperation und Vernetzung auf europäischer Ebene bei Bekämpfung von Cyberkriminalität.	

		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsamer Ansatz und Zusammenarbeit von Staaten/ Behörden und Wirtschaft für (Daten-)Sicherheit.</li> </ul>	
--	--	--	--

### Weitere Themen

Fachforum		Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
11.		Gemeinsame Verteidigungspolitik <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schrittweiser Aufbau einer gemeinsamen Armee, z.B. mit demokratisch legitimiertem Europäischen Sicherheitsrat und Parlamentsvorbehalt auf europäischer Ebene.</li> <li>• EU-Minister für Verteidigung.</li> <li>• Aber auch: Rüstungsexporte begrenzen und Gesamtausgaben begrenzen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachforum sollte sich mit gemeinsamer Verteidigungspolitik beschäftigen.</li> <li>• Diskussion der Frage nach der Substanz und Geschwindigkeit mit Blick auf militärische und entwicklungspolitische Mittel. Zeit als entscheidender Faktor. Humanitäre Intervention zulassen.</li> </ul>
12.		Die EU in der Welt <ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäisches Selbstbewusstsein stärken.</li> <li>• Mit einer europäischen Stimme nach Außen auftreten.</li> <li>• Europäischer Außenminister.</li> <li>• Europäische Verfassung und Europäische Regierung.</li> </ul>	
13.	Explizit noch nicht behandelt wurden: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinsame Verteidigungspolitik.</li> <li>• Sicherheit im öffentlichen Raum.</li> <li>• Rechtssicherheit.</li> </ul>		

### Weitere Anmerkungen des Expertenforums zum Thema:

- Die Querverbindung von Sicherheit und Kommunen sollte in einem der beiden Fachforen berücksichtigt werden.
- Diskurs über Zielkonflikt zwischen Sicherheit und Freiheit führen. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis, aber was ist die/ der Bürgerin/ Bürger bereit, zu Gunsten eines allgemeinen europäischen Sicherheitssystems an Freiheiten abzugeben (vgl. Beispiel China: Gesichtserkennung / KI als Gefahr für die Freiheit).
- Frage für Bürgerdialog: Datenschutz (wer darf was?).
- Es fehlt das Thema Demokratieresilienz (z.B. Umgang mit Trolen im Netz, Finanzierung rechtspopulistischer Gruppierungen von außen).
- Vorschlag für Umbenennung: Stabilität und Sicherheit.
- Grundsätzliches Verständnis stärker abheben: Stärken der internationalen Ordnung.



## II. Kommunen

### Governance/ Bürgernähe

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
1.	<p>Kommunen als Fundament für das „Haus Europa“:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkere Teilhabe der Kommunen am EU-Gesetzgebungsprozess.</li> <li>• Wie kann die Bedeutung der Kommunen durch Baden-Württemberg auf EU-Ebene unterstrichen werden?</li> </ul>	<p>Die EU soll vor Ort ankommen / Umsetzung von Maßnahmen in Kommunen.</p>	
2.	<p>Mehr politische Bildung zu europapolitischen Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• in den Schulen (Lehrpläne, Lehrerausbildung, etc.).</li> <li>• Entwicklung EU-bezogener Studiengänge.</li> </ul>	<p>Politische Bildung / Information zu der EU (→ siehe auch Thema Jugend).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Studium / Ausbildung/ Schule: Förderung von Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten.</li> <li>• Verständliche Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschichtsunterricht umdrehen: Wo sind wir heute und wie sind wir dahingekommen? Wichtig für die Vermittlung von der EU.</li> </ul>
3.	<p>Verankerung Europas in den Kommunen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-Gemeinderäte.</li> <li>• Die EU als Pflichtaufgabe in den Gemeindeordnungen.</li> <li>• Stärkung der Europafähigkeit von Kommunalbeschäftigten.</li> <li>• Stärkung Kommunalpartnerschaften.</li> <li>• Förderung Kleinstprojekten mit EU-Bezug.</li> </ul>	<p>Mehr Europa-Präsenz vor Ort.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsstellen/ Europa-Bürgerbüros.</li> <li>• Präsentere MdEPs vor Ort (Sprechstunde).</li> <li>• lokale politische Institutionen sollen die EU sichtbar machen (z.B. Europatag zum Anlass nehmen).</li> <li>• Angebote für Spracherwerb ausweiten für bessere Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Mitgliedstaaten.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europafähigkeit in der Verwaltung (auch Spitzenpersonal) gehört gestärkt (nicht nur die kommunalen Vertreter), insbesondere durch Unterstützung bei den Fremdsprachenkenntnissen.</li> <li>• Identifikationsmöglichkeiten durch kommunale Bereitstellung von Leistungen als kommunale Dienstleistung. Das Allgemeininteresse steht dabei vor Profit.</li> <li>• Die Politik soll den Rechtsrahmen hinterfragen: Was bringt die Stärkung des kommunalen Einflusses? Ist eine weitere Verstärkung der Koordinationsbeziehungen sinnvoll?</li> <li>• Mehr Beteiligung durch kommunale Bürgerprojekte.</li> </ul>

			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentlich-Rechtlicher Auftrag für mehr Euro-News?</li> <li>• Best practice für kommunale Leistungen.</li> </ul>
--	--	--	---

*Weitere Ergebnisse*

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
4.	Eurodistrikte / EVTZ: Unterstützung der Gründung und Kompetenzausstattung von grenzüberschreitenden und transnationalen europäischen Verbänden für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ).		
5.	Weitere Themen, die noch nicht behandelt wurden: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitalisierung.</li> <li>• Anliegen der Kommunen zum neuen EU-Finanzrahmen/Finanzen.</li> <li>• Flüchtlingskrise.</li> <li>• Migration.</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitalisierung mit Blick auf Bürger-nähe vertiefen. Wie kann man Digitalisierung nutzen?</li> <li>• Effiziente Bereitstellung von Leistungen für Bürgerinnen und Bürger. Lernen von anderen Ländern (z.B. E-Government).</li> </ul>

**Weitere Anmerkungen des Expertenforums zum Thema:**

- Das Thema Daseinsvorsorge gehört vertieft (sowohl Bedeutung als auch strukturelle Fragen und Deregulierung); wo liegen mögliche Konflikte, Vor- und Nachteile (z.B. EU-Vergaberecht)?
- Auftrag der öffentlich-rechtlichen Medien: Mut, den öffentlichen Auftrag umzuformulieren / zuzuspitzen (Deutschland als integraler Teil Europas).
- Freiwerdende Sitze im Ausschuss der Regionen (durch Brexit) sollen durch kommunale Vertreter besetzt werden.

### III. Umwelt

Fachforum		Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
1.	<p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ambitionierte Ziele in Baden-Württemberg beibehalten und EU-weit innovativ offen verbreiten (Klimaschutz, EE-Anteil, Effizienz, Verkehr).</li> <li>• EU-weite Qualitätsstandards, um Partikularinteressen zu überwinden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-weite, verbindliche Klimaziele über Generationen.</li> <li>• Durchsetzung von Maßnahmen zur Einhaltung von Grenzwerten, effektive Schutzmechanismen (z.B. lebenswichtige Ressourcen / Wasser).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollzugsdefizit muss thematisiert werden.</li> <li>• Beteiligung der Gesellschaft bei Umweltthemen und bei der Begleitung von Prozessen wichtig.</li> </ul>
2.	<p>Mehr Kontrolle und Standards:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-weite Standards für umweltfreundliche Verpackungen und deren Reduktion.</li> <li>• Verwertungsgebot für Lebensmittelreste zur Zuführung einer höherwertigen Verwertung (z.B. durch Zielvorgaben).</li> <li>• Stärkung der Emissionskontrolle: EU-weit Treibhausgase regulatorisch erfassen z.B. durch Emissionshandel oder CO2-Steuer, bei Schadstoffvorgaben Praxisnähe und Überwachbarkeit stärken.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Müllvermeidung, Reduktion von Plastikverpackungen / -verbrauch (z.B. durch Plastiksteuer, EU-weites Pfandsystem, Förderungen von Aufklärung und bessere Verbraucherinformation durch Kennzeichnung).</li> <li>• CO2-Footprint für jeden Bürger.</li> <li>• Stärkere Sensibilisierung durch Information zu grenzüberschreitenden Umweltthemen.</li> <li>• Einführung einer EU-weit einheitlichen Maut.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollzugsdefizit thematisieren (z.B. Artenschutz).</li> <li>• Vor einem CO2-Footprint für jede/n Bürgerin/ Bürger sollte der Konflikt von Freiheit und Sicherheit ausführlich diskutiert werden. Wie positionieren sich die Bürger hier?</li> <li>• Zu EU-weiter Maut: Einheitliche Umweltzone (Kehl-Straßburg) wird aktuell diskutiert.</li> </ul>
3.	<p>Förderprogramme:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderinstrumente sollten ökologischen Zielen der EU nicht widersprechen.</li> <li>• Strategien entwickeln zum ökologischen Umbau der Landwirtschaft, zur Förderung von Biotopverbänden, zur Pestizid-, Stoffeintrag- und Düngerreduktion sowie zur Durchgängigmachung von Gewässern und mehr Artenvielfaltsschutz.</li> <li>• Europäische Vorbereitung auf Klimaanpassung durch Nutzung von Strukturfonds.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung nachhaltiger, ökologischer Landwirtschaft und regionaler Produkte (insb. auch Bewusstseinswandel der Konsumenten).</li> </ul>	<p>Gemeinsame Agrarpolitik muss in Dienst genommen werden für Klimaschutz. Auftrag an Fachforum zu prüfen, welchen messbaren Beitrag die Agrarpolitik für den Klimaschutz leistet.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vertragsnaturschutz im Forst ausbauen.</li> <li>• Förderprogramme erhalten.</li> </ul>		
4.	<p>Mehr Kooperation:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Reduktion des Ressourcenverbrauchs z.B. durch europäische Wertstoffpools oder erneuter Zugriff der Firmen am Ende des Produktlebenszyklus.</li> <li>• Infrastrukturmaßnahmen auf europäischer Ebene (Übertragungsnetze und Kuppelstellen) mit Ziel einer „Energy Union“.</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Thema Infrastruktur bedarf einer eigenständigen Diskussion und sollte zum Thema Innovation verschoben werden.</li> </ul>
5.		Ausbau des ÖPNV.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau ÖPNV müsste größeren Platz einnehmen. Projekte präsentieren, die den europäischen Nutzen gut aufzeigen (z.B. Transversalen).</li> <li>• Subsidiaritätsprinzip bedenken: Ist der Nahverkehr im grenzüberschreitenden Bereich eine europäische Aufgabe oder sollte er nicht besser im Kleinen gelöst werden?</li> </ul>

## IV. Jugend

### Identität/ Austausch/ Erfahrbarkeit von Europa

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
1.	<p>Förderung der europäischen Identität („Europäische Identität bedeutet Vielfalt“).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-Geschichtsbewusstsein nötig z.B. durch ein EU-Geschichtsbuch für alle Länder unter Berücksichtigung unterschiedlicher Interpretationen</li> <li>• EU soll ihre grundlegenden Werte stärker propagieren (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Zusammenarbeit)</li> </ul>	<p>Die EU erlebbar machen, europäische Identität fördern. Die EU als Wirtschafts- UND Wertegemeinschaft.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische Identität stärker nach außen tragen, Zusammenhalt stärken</li> </ul>	
2.	<p>Sorge dafür tragen, dass vereinbarte Regeln eingehalten werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sanktionsmechanismen sollen auch bei Vertragsbrüchen konsequent angewandt werden.</li> </ul>	<p>Verbindliche Einhaltung vereinbarter Regeln.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenhalt stärken, Wirkungsgrad der EU gegenüber Mitgliedstaaten erhöhen.</li> </ul>	<p>Konkretisierung nötig: Warum taucht das Thema hier auf? Verweis auf Verträge, die es schon gibt (z.B. Schutz von Kindern?) Wo gibt es Handlungsbedarf, was wird nicht eingehalten? Zu bedenken ist außerdem, dass Deutschland nicht nur Vorbild bei Einhaltung von Regeln ist (z.B. Defizitgrenzen, Investitionsquote).</p>
3.	<p>Austausch fördern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Städtepartnerschaften &amp; Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende fördern (auch finanziell)</li> <li>• Interrail-Programm „Discover Europe“ öffentlichkeitswirksam stärken</li> <li>• BW soll feste Ansprechpartner für Austauschprogramme in Schulen institutionalisieren</li> <li>• Beantragung von EU-Fördermitteln vereinfachen</li> </ul>	<p>Austausch auf allen Ebenen vorantreiben, Erasmus erweitern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schule, z.B. Skype-Räume, Brieffreundschaften</li> <li>• Kostenloses Interrail-Ticket</li> <li>• Berufsorientierung in anderen Ländern/ Auszubildende</li> <li>• Fachkräfte und Firmen</li> <li>• EU RL zur verpflichtenden Sprachausbildung</li> <li>• Anpassung der Semesterzeiten in der EU</li> <li>• Vereine</li> <li>• Unbürokratische Unterstützung, vereinfachte Anerkennung von Auslandsaufenthalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Austausch in Kirchen- und Religionsgemeinschaften mitdenken, insbesondere Jugendtreffen/ europäische Netzwerke.</li> <li>• Austausch an Schulen verpflichtend machen.</li> <li>• Austausch oft noch zu fokussiert auf akademische Elite. Es soll leichter Zugang auch für Gesellinnen und Gesellen (nach Ausbildung) geben. Möglichkeit zur Erfahrung von der EU in ganz Deutschland, nicht nur in Grenzregionen.</li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Länderübergreifende Bürgerdialoge über gemeinsame Werte und Identität.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Städtepartnerschaft: neue Themen setzen, inhaltliche Vertiefung und unbürokratischer Umgang nötig. Europa-tag z.B. als Forum für Bildung nutzen.</li> <li>• Kreispartnerschaften, auch Makroregionen nutzen, um mehr im Bereich Jugendpolitik zu machen.</li> <li>• Makroregionale Strategien nutzen.</li> </ul>
--	--	--	---

### Bildung/ Information

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
4.	Regionalspezifische politische Bildung zur EU in Schulen	Thema EU im Unterricht stärken, z.B. durch Projekttag	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bilingualen Unterricht an öffentlichen Schulen fördern.</li> <li>• Europa als Querschnittsthema in der Schule einführen - die 10. Klasse wäre dafür geeignet.</li> </ul>
5.	Mehr Angebote der Anerkennung von Bildungsabschlüssen wie z.B. europäisches Baccalaureate.	<p>Gleichwertige Abschlüsse mit dem Ziel vergleichbarer Standards auf allen Bildungsstufen in jedem EU-Land:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische Universitäten</li> <li>• Einheitliche Grundstandards in der Ausbildung, z.B. auch im Handwerk</li> </ul>	
6.	Gründung eines „Jugend-Europaparlaments“ und „Model-EU/EP“ Simulationen (vgl. UN Simulation).		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung statt Gründung. Bestehendes braucht besseres Marketing.</li> <li>• Hier wird schon viel gemacht; für das Leitbild sollte Bogen über Baden-Württemberg hinweg gespannt werden, z.B. EU-Simulation / grenzübergreifende Projekte mit Frankreich, Schweiz und anderen Bundesländern fördern.</li> </ul>
7.	Mehr (cross)mediale Präsenz europäischer Themen, auch in regionaler Berichterstattung.	<p>Mehr Präsenz von EU-Themen, um EU-Bewusstsein und Verständnis zu schaffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• in Medien, auch in regionalen Zeitungen</li> <li>• Moderne Aufbereitung (z.B. über Soziale Medien)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europa in der Journalistenausbildung stärken.</li> </ul>

		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verständliche Vermittlung, ansprechende Aufbereitung von Informationen</li> </ul>	
8.	Bestehende Partizipationsformen besser bewerten.	Bessere Information und Transparenz über Entscheidungsprozesse, mehr Bürgerbeteiligung zu EU-Fragen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendbeteiligung hervorheben.</li> <li>• Einheitliches Wahlalter sollte diskutiert werden.</li> <li>• Partizipation darf nicht enttäuschen.</li> </ul>

### Solidarität

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
9.	<p>Die EU soll für alle jungen Menschen gewährleisten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Chancengleichheit und -gerechtigkeit.</li> <li>• Fairness und Toleranz.</li> <li>• Solidarität nach innen und außen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Angleichung der Lebensbedingungen.</li> <li>• Zusammenhalt zwischen allen Bürgerinnen und Bürger in der EU stärken.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Thema Arbeit und Soziales sollte unabhängig von Jugend besprochen werden.</li> <li>• Präzisierung Bürgerdialog: was gleicht sich an?</li> <li>• Begriffsklärung: Fördern vs. Gewährleisten. Warnung davor, Erwartungen an die EU zu stellen, die nicht erfüllt werden können. Auch: effektive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der ganzen EU impliziert tiefe Einschnitte in Mitgliedstaaten. Absicherung / demokratische Legitimation fraglich.</li> <li>• Forderungen sind eher Wertefragen / Ziel statt Entscheidungsoptionen. Genauer definieren: was kann Beitrag von Baden-Württemberg sein? Konkrete Operationalisierung betrifft kommunale Ebene.</li> <li>• Fokus auf Konditionen richten: Was ist man bereit, zu investieren?</li> </ul>
10.	<p>Bessere Zukunftschancen für junge Menschen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschafts- und Finanzpolitik.</li> <li>• Fortschritt bei Arbeitnehmer- und Sozialrechten.</li> </ul>	<p>Bessere Zukunftschancen der jungen Menschen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Angleichung der Arbeitsbedingungen.</li> <li>• Förderung des Fachkräfteaustauschs.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendarbeitslosigkeit: Implikationen mitdenken. Selektivität von Bildungsabschlüssen schafft Konkurrenz in Deutschland; Arbeitskräfte, die woanders fehlen.</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jugendarbeitslosigkeit ist auch Frage der nationalen Politik. Welches Versprechen kann die EU geben?</li> <li>• Starke Implikationen der Forderung nach Sozialstandards. Wettbewerbsverzerrung soll verhindert werden, aber Konsequenzen werden deutlich spürbar (z.B. für LKW-Fahrer).</li> </ul>
11.	BW soll Sozialpartnerschaften mit benachteiligten jungen Menschen aus EU-Staaten und Beitrittskandidaten fördern, v.a. im Bereich Hochschulbildung und Arbeit.		

**Weitere Anmerkungen des Expertenforums zum Thema:**

Geschlechtergerechtigkeit:

- Europäische Regelung hat viel geschafft, aber es braucht mehr Initiativen, auch in der Wirtschaft, um gesamtes Humankapital zu nutzen.
- Feld für Subsidiarität, kein Thema für die EU.

**V. Innovation**

*Grundlagen/ Rahmenbedingungen*

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
1.	Weitere Stärkung des Forschungs- und Wissenschaftsraums Europa, um Wissen für Europa und die Welt zu schaffen. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische Vielfalt ist Innovationsmotor, Kreativitätsstimulus.</li> <li>• Bund und Länder müssen in gleicher Weise wie die EU Innovationskraft aufbringen, Institutionen und Organisationen zu Grundlagenforschung befähigen, Trendthemen zu erforschen.</li> </ul>	Forschung und Entwicklung fördern.	Forschungsförderung muss sich von dem Gedanken verabschieden, dass jeder was dazu bekommen kann. Wichtiger: was ist nötig, um wettbewerbsfähig mit den USA zu sein? Auch Nachteile bedenken.



2.	<p>Regulierungspraxis differenzieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Um Vorhandenes besser zu machen, braucht man mehr Regulierung. Um Neues zu schaffen, braucht man weniger Regulierung.</li> </ul>		Neutraler Ansatz bei Deregulierung: auch keine Benachteiligung von Großunternehmen.
3.	<p>EU-Förderung sollte technologische Megatrends aufgreifen (z.B. KI, Bioökonomie, Robotik), insbesondere auch deren Wechselbeziehungen betrachten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Den Beitrag von BW sehen wir in der Hinwirkung auf eine transparente und partizipative Prioritätensetzung.</li> </ul>	Förderung von Zukunftstechnologien (z.B. sicherer Herkunftsnachweis von Waren über Blockchain-Technologie, Kryptowährungen, Übersetzungssoftware, E-Governance).	Bedenken, sich hier auf selektive Förderung von Zukunftstechnologien festzulegen. EU kennt Zukunftsthemen nicht.
4.	<p>Aufgaben der EU:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verabschiedung eines europaweiten Zuwanderungsgesetzes für qualifizierte Fachkräfte.</li> <li>• Einführung von Mindeststandards für Bildung und Weiterbildung, um die Fachkräftemobilität in der EU zu erhöhen.</li> <li>• Beseitigung von Anerkennungshemmnissen unter Berücksichtigung der vorhandenen Qualifikationen und Kompetenzen.</li> <li>• Festlegung von Standards einer angemessenen Nachqualifizierung.</li> </ul>	<p>Chancen der Migration nutzen (→ vgl. auch Jugend/ Bildung):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einwanderungsgesetz einführen.</li> <li>• Schnellere Asylverfahren.</li> <li>• Integration durch Arbeit befördern.</li> <li>• Einheitliche Standards in der Aus- und Weiterbildung für mehr Mobilität am Arbeitsmarkt, insbesondere Förderung von Sprachkenntnissen.</li> </ul>	
5.		Flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen.	

*Digitalisierung/ Wirtschaft*

	Fachforum	Bürgerdialoge	Ergänzung Expertenforum
6.	<p>Sicheren Datenaustausch und Datenverarbeitung schaffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufgabe der EU ist, die Digitalisierung kraftvoll voranzutreiben unter Abwägung von Chancen und Risiken.</li> <li>• Der Beitrag von BW ist, sich beispielsweise als Pilotregion für den Aufbau von Datensouveränität zu positionieren.</li> <li>• Der Beitrag von BW ist, sich beispielsweise als Zentrum für KI-Forschung und maschinelles Lernen zu profilieren.</li> </ul>		
7.	<p>Einheitliche Datenstandards entwickeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufgabe der EU ist, staatliche Daten den Unternehmen der EU in einheitlichen Standards zur Verfügung zu stellen (verbesserte Informationsgrundlagen für maschinelle Verarbeitung).</li> <li>• Der Beitrag von BW ist, mit gutem Beispiel voranzugehen.</li> </ul>		
8.	<p>Innovationspotenziale nutzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufgabe der EU ist, das Innovationspotential (z.B. Patente) schneller zu verwerten.</li> <li>• Der Beitrag von BW ist, Vorreiter beim Aufbau eines Marktplatzes für Patente zu sein.</li> <li>• Der Beitrag von BW ist, die staatlich geförderten Leuchtturmprojekte als Blaupause zur Verfügung zu stellen.</li> </ul>		
9.	<p>Umfeld für Innovation schaffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufgabe der EU ist, Innovationshemmnisse intelligent abzubauen, anstatt neue aufzubauen.</li> <li>• Der Beitrag von BW ist, die Start-up freundlichste Region zu werden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schnelle Umsetzung und Unterstützung von innovativen Ideen, z.B. bei Bekämpfung Klimawandel.</li> </ul>	

10.	Innovationsförderung für KMU öffnen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wichtige Innovationsbeiträge kommen aus der Grundlagenforschung. Aber auch KMU gehören zu den innovativen Akteuren. Wissenstransfer geht in beide Richtungen.</li> <li>• Auch KMU müssen angemessen an Förderprogrammen partizipieren.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftsförderung stärker auf KMU ausrichten.</li> <li>• Mehr Freiheit für Privatpersonen.</li> </ul>	
11.	Freihandel fördern: Aufgabe der EU ist der Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen unter Berücksichtigung von sozialen und gesellschaftspolitischen Aspekten.	Langfristiger, weltweiter Schutz von Technologie und Innovation aus der EU.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bekenntnis zum Freihandel ist viel zu defensiv. Handelskonflikte ziehen auf - es gilt, Handlungsfähigkeit herzustellen, auch in entsprechender Zeit.</li> <li>• Schutz von europäischem Knowhow durch Investitionsregeln. Wir lassen europäische Firmen in China gerade alleine. Langfristige Wirkung könnte schädlich sein. Rückgrat für europäische Firmen schaffen.</li> </ul>
12.		Finanzen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einheitliche Steuernummer.</li> <li>• Dezentralisieren/ EU muss nicht alles regeln (Kleinstunternehmen in Ruhe lassen).</li> <li>• Bankentrennung vornehmen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Große ausländische Werbetechnologieunternehmen sollen stärker berücksichtigt werden (insb. Steuermodelle).</li> <li>• Aspekt Bankentrennung unklar, Empfehlung zu streichen.</li> </ul>

**Weitere Anmerkungen des Expertenforums zum Thema:**

- Vorschlag für Szenario in Fachforum: Was hätte man anders machen können, z.B. bei Luftreinhaltung? Was hätte man besser machen können?

**Nächste Sitzung des Expertenforums ist am 10. November 2018.**

